

# Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen zwischen Selbstorganisation, Solidarität und stadtpolitischen Interessen

Ana Rogojanu

Im Rahmen der aktuellen Commons-Diskussionen werden verschiedene Beispiele gemeinschaftlicher Organisationsformen aus der Gegenwart und der Vergangenheit diskutiert und auf ihre Potenziale als egalitäre, inklusive und selbstbestimmte Alternative zu marktwirtschaftlicher und staatlicher Regulierung hin befragt. Vor diesem Hintergrund widmet sich der Beitrag Initiativen gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens. Anhand der Entwicklung der Rahmenbedingungen und der sich ändernden Motivationen solcher Projekte in Wien diskutiert er einerseits das spannungsreiche Verhältnis zur kommunalen Politik. Andererseits nähert er sich mit aus der gegenwärtigen Diskussion inspirierten Fragen – etwa nach Möglichkeiten hierarchiefreier Organisation – zwei Wohnprojekten der 1980er-Jahre aus der Innensicht und versucht neben den Strukturen dieser Vorläufermodelle von Commons auch die konkreten Praktiken des Commoning zu verstehen.

## Einleitung

Schwindende natürliche Ressourcen, zunehmende soziale Ungleichheit und die jüngste Finanzkrise haben – so die Argumentation der aktuellen Commons-Debatten<sup>1</sup> – Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der derzeitigen kapitalistischen Weltordnung aufkommen lassen und das Feld geebnet für die Suche nach alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen. Vor diesem Hintergrund hat die Vergabe des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften 2009 an die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom für ihre Arbeiten zur Organisation

1 Vgl. Andreas Exner, Brigitte Kratzwald: *Solidarische Ökonomie & Commons. INTRO. Eine Einführung (=kritik & utopie)*. Wien 2012; Silke Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld 2012; Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner: *Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself*. Bielefeld 2013.

gemeinschaftlichen Eigentums<sup>2</sup> großes gesellschaftliches und wissenschaftliches Interesse für eine Form von Besitzorganisation geweckt, die in der Volkskunde einen lange bekannten, allerdings aus dem Fokus der Aufmerksamkeit verschwundenen Gegenstandsbereich darstellt: das Gemeingut, die Allmende oder die Commons.

Mit diesen Begriffen ist ein weites Feld an sehr verschiedenen Gütern und Praktiken beschrieben, deren Nutzung weder durch den Staat noch durch den Markt geregelt wird.<sup>3</sup> Allmenden oder Gemeinnutzen sind »niemandem persönlich zuzuordnendes Eigentum für eine benennbare Einheit (eine Nutzergemeinschaft, eine Stadt, ein Dorf, eine Gruppe von Dörfern oder Höfen)«<sup>4</sup>. Damit können – wenn sie entsprechend verwaltet werden – natürliche Ressourcen wie Waldflächen oder vom Menschen hergestellte Güter wie etwa eine Software gemeint sein, erschöpfbare Ressourcen, die nur von einer begrenzten Zahl von Menschen in begrenztem Ausmaß genutzt werden können, wie etwa Weideflächen, oder solche, deren Nutzbarkeit unbeschränkt ist, wie etwa das World Wide Web, solche, deren Zugang tendenziell schwer zu regeln ist, Trinkwasser beispielsweise, oder solche, die grundsätzlich nur bestimmten Nutzern zugänglich sind, wie etwa der Turnsaal eines Gemeindezentrums – wobei gerade die Zugänglichkeit das Ergebnis von Aushandlungen und nicht unbedingt der Güterklasse selbst inhärent ist. Die Regeln für den Umgang mit Commons werden, oft basierend auf miteinander geteilten Traditionen oder sozialen Normen und Praktiken, von den Menschen selbst ausgehandelt, die diese gemeinsam nutzen und verwalten<sup>5</sup>.

- 2 Zu nennen ist hier vor allem Elinor Ostrom: *Governing the Commons. The evolution of institutions for collective action*. Cambridge, Mass. 1990; in deutscher Übersetzung Elinor Ostrom: *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Markt und Staat*. Aus dem Englischen von Ekkehard Schöller. Tübingen 1999.
- 3 Vgl. Silke Helfrich: Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: Dies., Heinrich-Böll-Stiftung 2012 (wie Anm. 1), S. 85–91.
- 4 Dieter Kramer: Kulturelle und historische Dimensionen der Diskussion um Gemeinnutzen. Ein Beispiel für die Aktualität von Themen der Europäischen Ethnologie. In: *Zeitschrift für Volkskunde* 2, 108, 2012, S. 265–285, hier S. 266.
- 5 Vgl. James B. Quilligan: Warum wir Commons von öffentlichen Gütern unterscheiden müssen. In: Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung 2012 (wie Anm. 1), S. 99–106, hier S. 99; Stefan Meretz: *Ubuntu-Philosophie. Die strukturelle Gemeinschaftlichkeit der Commons*. In: Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung 2012 (wie Anm. 1), S. 58–65, hier S. 62.

Das Konzept der Commons und die Frage, was Gemeingüter leisten und wie sie erfolgreich organisiert werden können, erweist sich als anschlussfähig für ein breites Spektrum an Disziplinen, von der Biologie über die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften bis hin zu den Kultur- und Sozialwissenschaften<sup>6</sup>. Auffallend ist, dass zuweilen die Grenzen zwischen Aktivismus und wissenschaftlicher Analyse verschwimmen und in vielen Publikationen Commons nicht nur erforscht, sondern zugleich als hoffnungsvoller Weg in eine selbstbestimmte Zukunft jenseits von Markt und Staat propagiert werden<sup>7</sup>. Zu den attraktiven Versprechen vieler Arten von Commons gehört – neben ökologischen Aspekten<sup>8</sup>, die hier nicht näher behandelt werden sollen – vor allem die Hoffnung auf neue, gerechtere Formen des sozialen Miteinanders. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Gedanke, dass Commons als Raum der »Selbstermächtigung, Selbstorganisation [und] Eigeninitiative«<sup>9</sup> außerhalb staatlicher oder marktwirtschaftlicher Kontrolle Funktionen erfüllen können, die von Markt und Staat vernachlässigt werden oder in diesen Systemen nur für bestimmte Gruppen zugänglich sind. Commons helfen überdies, so die Idealvorstellung, Machtkonzentrationen zu vermeiden und soziale Hierarchien zu überwinden<sup>10</sup>, und werden als Möglichkeit zur »wechselseitige[n] Befriedigung der Bedürfnisse aller Beteiligten«<sup>11</sup> gesehen.

In der Europäischen Ethnologie hat Dieter Kramer, der sich seit längerem mit dem Thema beschäftigt<sup>12</sup>, mit seinem Beitrag in der Zeitschrift für Volkskunde 2012 die Debatte explizit wieder ins Fach eingeführt und

6 Vgl. das Autorenspektrum des Bandes Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung 2012 (wie Anm. 1).

7 Vgl. Silke Helfrich, David Bollier: Commons als transformative Kraft. Zur Einführung. In: Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung 2012, S. 15–23; Baier, Müller, Werner 2013 (wie Anm. 1).

8 Vgl. beispielsweise David Bollier, Burns H. Weston: Das Menschenrecht auf eine saubere Umwelt und die Renaissance der Commons. In: Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung 2012 (wie Anm. 1), S. 416–425.

9 Baier, Müller, Werner 2013 (wie Anm. 1), S. 220.

10 Vgl. Ugo Mattei: Eine kurze Phänomenologie der Commons. In: Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung 2012 (wie Anm. 1) S. 70–78, hier S. 77.

11 Exner, Kratzwald 2012 (wie Anm. 1), S. 31.

12 Vgl. Dieter Kramer: Von der Notwendigkeit der Kulturwissenschaft. Aufsätze zu Volkskunde und Kulturtheorie. Marburg 1997 (darin v.a. Kapitel 4: Grenzgänge. Die »Tragödie der Gemeindewiesen« und die europäische Kulturgeschichte).

dazu aufgerufen, »die historische Arbeit der Europäischen Ethnologie für die aktuellen Diskurse zu aktivieren«<sup>13</sup> und damit »in der aktuellen Diskussion um Gemeinnutzen zu mehr Bodenhaftung, Akzeptanz, Dauerhaftigkeit und Festigkeit«<sup>14</sup> beizutragen. Die historische Perspektivierung der Europäischen Ethnologie sowie den detaillierten Blick auf konkrete Akteure und ihre Praktiken mit ihrer jeweiligen impliziten gesellschaftlichen Prägung, der über die Frage nach formalen Organisationsprinzipien hinausgeht, möchte ich in diesem Beitrag nutzen, um Initiativen aus dem Feld des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens auf einige der oben erwähnten, in der aktuellen Debatte thematisierten Aspekte hin zu befragen. Neben der Frage, um welche Form von Commons es sich dabei – wenn überhaupt – handelt und wie diese formal funktionieren, geht es also auch darum, »Commoning«<sup>15</sup> als von informellen Regeln geprägte soziale Praxis zu erschließen. Vordergründiges Ziel ist es dabei nicht, gemeinschaftliche Wohnprojekte als »Beispiele für erfolgreiche Gemeinnutzen«<sup>16</sup> zu betrachten, wie das im häufig normativen Diskurs um Commons derzeit versucht wird, sondern darum, neben ihren Motiven und Organisationsprinzipien auch ihre politischen und gesellschaftlichen Implikationen, ihre inneren Widersprüchlichkeiten und Mehrdeutigkeiten zu verstehen.

### Initiativen gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens als Commons?

Parallel und nicht immer in direktem Zusammenhang mit der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte um Commons häufen sich derzeit auch verschiedene praktische Initiativen gemeinschaftlicher Selbstorganisation: Open-Source-Software, Foodcoops, Leihläden und Gemeinschaftsgärten gehören zu dieser Bewegung. Auch Initiativen gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens, die in Wien derzeit einen besonderen Aufschwung erleben, werden oft in einem Atemzug mit

13 Kramer 2012 (wie Anm. 4), S. 272.

14 Ebd., S. 285.

15 Zur Unterscheidung zwischen Commons und Commoning vgl. Meretz 2012 (wie Anm. 5), S. 60.

16 Kramer 2012 (wie Anm. 4), S. 272.

anderen Commons-Initiativen genannt<sup>17</sup>, auch wenn sie sich selbst nicht unbedingt als Teil der Commons-Diskussion begreifen. Gemeint sind damit gegenwärtig zumeist als »Baugruppen« bezeichnete Projekte<sup>18</sup>, in denen mehrere Personen in der Absicht eines engen nachbarschaftlichen Zusammenlebens, oft unter dem Leitbild einer bestimmten inhaltlichen und weltanschaulichen Idee, gemeinsam ein Gebäude planen, errichten und anschließend verwalten.

Dabei entsteht eine verhältnismäßig komplexe Form von Commons: Zum einen ist dies ein konkretes Produkt, nämlich ein Gebäude, das sich häufig in kollektivem Besitz befindet und nach bestimmten gemeinsam ausgehandelten Regeln von den Mitgliedern der Gruppe genutzt wird. Der so entstandene Wohn- und Lebensraum ist also eine von Menschen geschaffene und eine nur von einer begrenzten Zahl von Menschen nutzbare Ressource, deren Verwaltung klare Regeln des Zugangs und der Nutzung erfordert. Mit den Begriffen der in der Commons-Diskussion aufgegriffenen wirtschaftswissenschaftlichen Gütertheorie gesprochen, handelt es sich also um ein »rivalens« Gut, das einer Zugangsbegrenzung bedarf, und zudem um ein Gut mit einem hohen Grad der Ausschließbarkeit. Letzteres würde eine Einordnung der gemeinschaftlichen Wohnprojekte in die Kategorie der nur einer bestimmten Gruppe von Nutzern zugänglichen »Klubgüter« eher als in die Kategorie der Gemeingüter oder Commons nahe legen.<sup>19</sup>

Allerdings geht es vielen der Wiener Initiativen gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens nicht lediglich um die Herstellung von Wohnraum. Sowohl die Projekte der jüngeren Vergangenheit als auch eine Reihe der gegenwärtigen Projekte sind einerseits von Idealen der gegenseitigen

17 Vgl. <http://blog.common.at/beispiele-solidarischer-okonomie/> (Zugriff 2.5.2015).

18 Die in Deutschland und Österreich verwendeten Begrifflichkeiten sind mitunter verwirrend. In Deutschland werden unter »Baugruppen« häufig Bauherrengemeinschaften verstanden, deren vorrangiges Ziel die Erschaffung von selbstbestimmtem und kostengünstigem Wohnraum ist. »Wohngruppen« oder »Wohnprojekte« hingegen bezeichnen Initiativen, die auf ein enges nachbarschaftliches Zusammenleben – sei es im Neubau oder im Bestand – abzielen. An die Selbstbezeichnung angelehnt und der spezifischen österreichischen Situation entsprechend, verwende ich für die aktuellen Projekte, die gemeinschaftliches Bauen und Wohnen miteinander verbinden, den Begriff »Baugruppe«, für die in dieser Hinsicht ähnlich ausgerichteten Initiativen der 1980er-Jahre hingegen den Begriff Wohnprojekt.

19 Vgl. Helfrich 2012 (wie Anm. 3), S. 85–88.

Unterstützung im Alltag, in Form von Kinder- und Altenbetreuung, andererseits von Ansprüchen des sozialen Engagements und der Gemeinnützigkeit, etwa durch die Integration von Menschen mit Behinderungen oder mit Fluchterfahrungen, aber auch durch verschiedene Angebote, die in die Nachbarschaft ausstrahlen sollen, getragen. Neben der verhältnismäßig klar begrenzten materiellen Ressource entsteht in so ausgerichteten Wohnprojekten also auch eine soziale Ressource der Unterstützung und des Engagements, deren Zugang tendenziell offener ist, die jedoch von den Mitgliedern der Gruppe immer wieder aktiv hergestellt werden muss.

### Entwicklung des selbstorganisierten gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens in Wien

Der aktuelle Aufschwung von Baugruppenprojekten in Wien stellt, historisch betrachtet, keineswegs die erste Bewegung gemeinschaftlich organisierten Bauens und Wohnens dar. Ein Blick in die Geschichte von Initiativen der kollektiven Erschaffung von Wohnraum zeigt zum einen vielfältige Vernetzungen mit der Stadtpolitik und wirft zum anderen Fragen nach den – zum Teil überaus unterschiedlichen – Motiven und gesellschaftlichen Bezugspunkten der jeweiligen Projekte auf. Diese sollen hier in einem kurzen historischen Abriss skizziert werden.

Als Vorläufer des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens im heutigen Sinn wird häufig die genossenschaftlich organisierte Wiener Siedlerbewegung der 1920er-Jahre gesehen<sup>20</sup>. Entstanden war diese Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg zunächst – in Form des unorganisierten und weitgehend illegalen »wildes Siedelns« am Stadtrand – als Projekt zur Selbstversorgung bedürftiger Bevölkerungsschichten mit Wohnraum und Nahrungsmitteln. Zu Beginn der 1920er-Jahre begannen die ersten Siedler und Siedlerinnen sich in Genossenschaften zusammenzuschließen und es entwickelte sich ein »Großsystem[s] organisierter Selbsthilfe«<sup>21</sup>,

20 Vgl. Petra Hendrich: Baugruppen. Selbstbestimmtes Bauen und Wohnen in Wien. Masterarbeit TU Wien 2010, S. 72 f.

21 Klaus Novy: Genossenschafts-Bewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform. Berlin 1983, S. 46.

innerhalb dessen mithilfe der Arbeitskraft der Siedler und Siedlerinnen weitgehend unabhängig von der privaten Bauwirtschaft und zunächst auch noch von der kommunalen Bautätigkeit Siedlungen entstanden, die in ihrer architektonischen Konzeption Möglichkeiten für ein gemeinschaftsorientiertes Zusammenleben vorsahen<sup>22</sup>. Nach und nach entwickelte sich aus dem Selbsthilfeprojekt derer, »deren Bedürfnisse weder vom Markt, noch vom Staat hinreichend befriedigt wurden,«<sup>23</sup> eine Sozialreformbewegung, die von engagierten Sozialisten sowie Architekten und Architektinnen unterstützt und vorangetrieben wurde. Auch die Gemeinde Wien übernahm institutionell und finanziell eine zunehmend wichtige Rolle in der Förderung des Siedelns und errichtete schließlich selbst im Rahmen ihres Wohnungsbauprogramms eine bemerkenswerte Zahl an Siedlungen, bevor sie diese Strategie zugunsten der »Superblocklösung des Gemeindebaus«<sup>24</sup> aufgab und damit ab etwa Mitte der 1920er-Jahre das Ende der Wiener Siedlerbewegung herbeiführte.<sup>25</sup>

Viele der im Zuge der Siedlerbewegung gegründeten Genossenschaften setzten und setzen ihre Bautätigkeit als gemeinnützige Bauträger fort, die Gedanken der Gemeinschaftlichkeit und der Beteiligung der Bewohner und Bewohnerinnen spielten allerdings keine wesentliche Rolle mehr<sup>26</sup>. Erst in den 1960er- und 1970er-Jahren erwachte im österreichischen und speziell im Wiener Wohnbau, durch ganz andere Motivationen bedingt, wieder ein Interesse für Mitbestimmung »von unten«. Die Gründe dafür sieht der Architekturtheoretiker Robert Temel einerseits in einem theoretischen Interesse der Architektur, andererseits in der gesellschaftlichen Forderung der Zeit nach mehr Demokratisierung, auch in der Stadtentwicklung und im Wohnbau.<sup>27</sup> In Wien entstanden

22 Vgl. Klaus Novy, Wolfgang Förster: Einfach bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung. Wien 1991, S. 89–102.

23 Ebd., S. 8.

24 Elke Krasny: Hands-on Urbanism 1850–2012. Vom Recht auf Grün. In: Dies. (Hg.): Hands-on Urbanism 1850–2012. Vom Recht auf Grün. Wien 2012, S. 8–37, hier S. 22.

25 Vgl. Andreas Rumpfhuber: Introduction: The Vienna Model of Housing Provision in Times of Austerity. In: *derive. Zeitschrift für Stadtforschung* 46, 2012, S. 4–15.

26 Vgl. Novy, Förster 1991 (wie Anm. 20), S. 112.

27 Vgl. Robert Temel: Baugemeinschaften in der Wiener Seestadt Aspern. Studie im Auftrag der Stadt Wien, MA 50. Wien 2012, <http://www.wohnbauforschung.at/>

Mitbestimmungprojekte vor allem im Umfeld des Architekten Ottokar Uhl, wobei sich die Beteiligung zunächst auf die individuelle Mitsprache der Bewohner und Bewohnerinnen bei baulichen Details ihrer Wohnungen bezog.<sup>28</sup> Zeitgleich entwickelte sich, im Anschluss an die 1968er-Proteste, eine Bewegung alternativer, oft auf Gemeinschaft ausgerichteter Wohn- und Lebensformen, die ihren pointierten Ausdruck in Hausbesetzungen und Kommunengründungen fand und sich auf breiterer gesellschaftlicher Basis in Wohn- und Hausgemeinschaften niederschlug.<sup>29</sup> Innerhalb dieser Entwicklungen entstanden ab den 1980er-Jahren – von unterschiedlich ausgerichteten Gruppen ausgehend und zum Teil mit dem Anspruch einer breiteren gesellschaftlichen Wirkung – einige (wenige), aber zugleich wegweisende Projekte, die selbstinitiiertes, partizipatives Bauen und gemeinschaftliches Wohnen miteinander verbinden wollten. Konsequenterweise selbstverwaltet, bahnten sich diese Projekte auf kreative Weise ihre Wege durch baurechtliche Bestimmungen und eine städtische Förderlandschaft, die solchen Initiativen zu dieser Zeit zwar grundsätzlich wohlwollend gegenüberstand, allerdings über keinerlei institutionalisierte Förderstrukturen für derartige Unterfangen verfügte.<sup>30</sup>

Downloads/LF\_Baugemeinschaften\_Aspern.pdf (Zugriff: 19.2.2015), S. 47; vgl. dazu auch Jesko Fezer, Mathias Heyden: Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung. In: Dies. (Hg.): Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung. Berlin 2004, S. 13–31, hier S. 14–17.

- 28 Beispiele dafür sind das Projekt »Wohnen morgen« in Hollabrunn (1971–1976) sowie der Gemeindebau in der Feßtgasse in Wien (1973–1983); Bernhard Steger: Vom Bauen. Zu Leben und Werk von Ottokar Uhl. Dissertation TU Wien 2005; Kurt Freisitzer, Robert Koch, Ottokar Uhl: Mitbestimmung im Wohnbau. Ein Handbuch. Wien 1987.
- 29 Vgl. Bärbel Danneberg (Hg.): Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe. Wien 1998; Susanne Bruss: Gegen die herrschenden Verhältnisse. Zur Geschichte alternativer Wohn- und Lebensformen in Wien. In: Martina Nußbaumer (Hg.): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (= Sonderausstellung des Wien Museums, 381). Wien 2012, S. 38–43.
- 30 Vgl. Freya Brandl, Ernst Gruber: Gemeinschaftliches Wohnen in Wien. Bedarf und Ausblick. Studie im Auftrag der Stadt Wien, MA 50. Wien 2014, [http://www.wohnbauforschung.at/Downloads/Projektbericht\\_Gemeinschaftliches%20Wohnen.pdf](http://www.wohnbauforschung.at/Downloads/Projektbericht_Gemeinschaftliches%20Wohnen.pdf) (Zugriff: 19.02.2015); Hendrich 2010 (wie Anm. 20), S. 73 f.

In den letzten Jahren erleben in Wien gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte einen neuen Aufschwung. Während Initiativen gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens in den 1980er-Jahren noch rare Einzelfälle waren, hat sich daraus inzwischen eine organisierte Bewegung entwickelt, die zunehmend auch von der Stadt Wien vorangetrieben wird. In der quantitativen Relation zum Wiener Wohnbau handelt es sich immer noch um eine Randerscheinung, aber diese wird nun von einem breiten medialen Diskurs und einem großen stadtpolitischen Interesse begleitet. Baugruppenprojekte haben bei regulären Bauträgerwettbewerben gute Erfolgchancen, seit 2009 »soziale Nachhaltigkeit« und damit der »gemeinschaftsfördernde Charakter« von Wohnbauten als Bewertungskriterien eingeführt wurden<sup>31</sup>. Zusätzlich gibt es einen Trend, explizit Baugruppenprojekte im engeren Sinn zu fördern. In neuen Stadtentwicklungsgebieten wie der Seestadt Aspern<sup>32</sup> oder auf dem Gelände des Hauptbahnhofs<sup>33</sup> wurden und werden Grundstücke für Baugruppen reserviert, weil man sich davon eine Belebung und Aufwertung der Stadtteile<sup>34</sup> sowie positive Effekte nachbarschaftlicher Selbsthilfe-Netzwerke<sup>35</sup> verspricht. Parallel dazu wurde, ebenfalls 2009, von interessierten Akteuren und Akteurinnen aus Architektur und Stadtforschung die Initiative »Gemeinsam bauen und wohnen«<sup>36</sup> gegründet, die neue Projekte unterstützt, indem sie intensiv Öffentlichkeitsarbeit betreibt und die Vernetzung und den Informationsaustausch zwischen Interessierten fördert. Diese Konstellation bewirkt, dass die älteren Projekte der 1980er-Jahre als wichtige Bezugspunkte dienen. Einerseits werden über die oben erwähnte Plattform Erfahrungen an die neuen Projekte weitergegeben, die dann etwa in Form von bestimmten Organisationsstrukturen übernommen werden, andererseits haben gerade die beiden Projekte, die im Folgenden genauer behandelt werden, selbst

31 wohnfonds\_wien: Beurteilungsblatt 4-Säulen-Modell, <http://www.wohnfonds.wien.at/downloads/lgs/beurteilungsblatt.pdf> (Zugriff: 19.2.2015).

32 Vgl. Temel 2012 (wie Anm. 27), S. 18–27.

33 OBB Immobilien: Bewerbungsverfahren für Baugruppen. Leben am Helmut-Zilk-Park Hauptbahnhof Wien. Wien 2015, S. 10, [http://www.oebb-immobilien.at/de/Projektentwicklung/Hauptbahnhof\\_Wien/\\_\\_\\_Datenraum/Ausschreibung\\_BG\\_1Phase.pdf](http://www.oebb-immobilien.at/de/Projektentwicklung/Hauptbahnhof_Wien/___Datenraum/Ausschreibung_BG_1Phase.pdf) (Zugriff: 15.2.2015).

34 Vgl. Temel 2012 (wie Anm. 27), S. 23 f.

35 Ebd., S. 47.

36 <http://gemeinsam-bauen-wohnen.org/> (Zugriff: 19.02.2015).

Folgeprojekte mit einer ähnlichen inhaltlich-weltanschaulichen Ausrichtung initiiert und betreut. Im spezifischen Wiener Kontext bestehen also besonders enge Verbindungen zwischen den Initiativen der 1980er-Jahre und den aktuellen Baugruppenprojekten.

Unter den neuen politischen Rahmenbedingungen sind Baugruppenprojekte wesentlich leichter zu realisieren als in der Vergangenheit. Das große Interesse der Stadt Wien hat allerdings dazu beigetragen, dass viele der neuen Projekte nun nicht mehr als Bottom-up-Initiativen beginnen, sondern gewissermaßen top-down von Bauträgern, Architektur- oder Moderationsbüros initiiert werden.<sup>37</sup> Darüber hinaus haben sich auch die politischen und sozialen Ansprüche sowie die gesellschaftlichen Bezugspunkte der Projekte verändert. Der Architekturtheoretiker Robert Temel charakterisiert die meisten der aktuellen Baugruppen als »professionell initiierte Gruppen« mit geringem Gemeinschaftsanspruch bzw. als »Lebenssituationsgruppen«, die vorrangig eine Einbettung des eigenen Lebens in eine der biographischen Lage entsprechende Wohngemeinschaft suchen, während die »Gemeinwesengruppen« der 1980er-Jahre »mehr erreichen [wollten] als nur gemeinschaftliches Wohnen«<sup>38</sup>. Nicht mehr die Idee eines Raumes für alternative Entwürfe des (Zusammen)Lebens steht im Zentrum der neuen Initiativen, sondern die Vorstellung einer aktiven Nachbarschaft und eines sozialen Netzes, die unter anderem vor dem Hintergrund des Abbaus des Sozialstaates zu sehen sind. Was die Institutionalisierung für die Baugruppenbewegung insgesamt sowie für die Motive der einzelnen Projekte im Detail bedeutet, wird in Zukunft zu klären sein. Jedenfalls zeigt sich, dass Initiativen selbstorganisierten gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens als spezifische Form von Commons keineswegs als »jenseits von Markt und Staat«<sup>39</sup> zu betrachten sind, sondern immer wieder in unterschiedlicher Weise in einem spannungsreichen Verhältnis zu diesen beiden Kräften standen.

37 Vgl. Hendrich 2010 (wie Anm. 18), S. 26–31; Temel 2012 (wie Anm. 25), S. 15–18.

38 Robert Temel u. a.: Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 1. Potenzialabschätzung und Rahmenbedingungen. Studie im Auftrag der Stadt Wien, MA 50. Wien 2009, [http://www.wohnbau Forschung.at/Downloads/Baugemeinschaften\\_in\\_Wien\\_Potentialabschaetzung\\_LF.pdf](http://www.wohnbau Forschung.at/Downloads/Baugemeinschaften_in_Wien_Potentialabschaetzung_LF.pdf) (Zugriff: 19.2.2015), S. 7 f; zu diesem Modell der Kategorisierung von Baugruppen vgl. Simone Kläser: Selbstorganisiertes Wohnen. In: *archplus* 176/177, 2006, S. 90–99.

39 Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung 2012 (wie Anm. 1)

## Wohnprojekte der 1980er-Jahre – Solidarität zwischen Spiritualität und Kommunenbewegung

Im Folgenden sollen einige der zentralen Fragen der aktuellen Commons-Debatte an zwei der wegweisenden und besonders einflussreichen Wohnprojekte der 1980er-Jahre herangetragen werden. Die zwei Initiativen, um die es gehen soll, entspringen unterschiedlichen sozialen Bewegungen, zeichnen sich aber beide durch ein hohes Maß an Selbstorganisation und durch ähnliche formale Strukturen sowie durch den Anspruch aus, alternative Wohnformen mit breiterer gesellschaftlicher Wirksamkeit zu entwickeln.

Die Initiative B.R.O.T. Hernalds<sup>40</sup> entstand im Umfeld einer katholischen Pfarre und orientierte sich, wie die anfängliche Bezeichnung als »Familienkloster« suggeriert, zunächst an verschiedenen Formen christlichen Zusammenlebens<sup>41</sup>. Für die Bewohner und Bewohnerinnen standen vor allem der Wunsch nach einer geteilten Spiritualität, die Hoffnung auf gegenseitige nachbarschaftliche Unterstützung im Alltag sowie die Möglichkeiten eines breiteren sozialen Engagements, von vielen als Teil ihrer christlichen Lebenshaltung verstanden, im Vordergrund. Gemeinsam mit dem im partizipativen Wohnbau erfahrenen Architekten Ottokar Uhl, der individuelle und kollektive Wohnwünsche erhob, Gestaltungsvorschläge machte sowie Grundlagen für die Annäherung der Gruppe an architektonische Fragen erarbeitete, wurde ein Gebäude entwickelt, das diesen Ansprüchen gerecht werden sollte. Der Vorstellung entsprechend, eine Form des gemeinschaftlichen Wohnens zu etablieren, die dennoch die »Intimsphäre der Person, der Ehe und der Familie«<sup>42</sup> wahrt, wurde 1990 nach ca. vierjähriger Planungs- und Bauphase ein Gebäude fertig gestellt, das über etwa 20 eigenständige Wohneinheiten verfügt. Darüber hinaus bietet eine Kapelle Raum für gemeinsames Gebet, ein Gemeinschaftsraum steht für Diskussionen und Feste zur Verfügung, eine Vielzahl an Gemeinschaftsflächen eröffnet Möglichkeiten für informelle

40 Die Bezeichnung B.R.O.T. steht für beten, reden, offen sein und teilen und ist das Ergebnis langer Diskussionen um die inhaltliche Ausrichtung des Projektes. Planung und Errichtung dauerten von 1985 bis 1990 und wurden vom Architekturbüro Uhl betreut.

41 Vgl. Sabine Klar, Helmuth Schattovits: Forschungsprojekt integratives Wohnen als soziales Dienstangebot. Endbericht Teil 1. Wien 1988, S. 40–61.

42 Statut Gemeinschaft B.R.O.T. vom 18.12.1986.

Begegnungen, und sogenannte »Gästewohnungen«, die kurzfristig an bedürftige Personen, oft Flüchtlingsfamilien, vergeben werden, dienen der Integration dieser in die Gemeinschaft und stellen eine der zentralen Formen des im Projekt realisierten »sozialen Engagements«<sup>43</sup> dar. Dabei ging es der Gemeinschaft nicht lediglich darum, für sich, gewissermaßen als Einzelfall, gegenseitige Unterstützung und soziales Engagement zu verwirklichen. Sie verstand ihr Projekt vielmehr als eine Antwort auf allgemeinere gesellschaftliche Probleme, insbesondere auf die – so wird der Ausgangspunkt der Initiative von zentralen Initiatoren der Gruppe immer wieder dargestellt – zunehmende Überforderung der Kleinfamilie angesichts der Bürokratisierung und Individualisierung der Gesellschaft<sup>44</sup>, und verfolgte, wie in den Statuten des Trägervereins, zu dem sich die Mitglieder des Projekts zusammengeschlossen haben, festgehalten ist, das Ziel, als wegweisendes Projekt »eine ›neue Normalität‹ des Wohnens, des Umgangs mit sich selbst, miteinander und mit den Gütern dieser Erde«<sup>45</sup> zu etablieren.

Die Sargfabrik, die zeitlich mehr oder weniger parallel zu B.R.O.T. Hernalts entstand<sup>46</sup>, präsentiert sich im Unterschied dazu als Ort alternativer Lebensformen »links der Mitte«<sup>47</sup> und sieht Anknüpfungspunkte in der Kommunenbewegung rund um die 1968er-Jahre<sup>48</sup>. Ihre Initiatoren und Initiatorinnen rekrutierten sich aus politisch aktivistischen Kreisen sowie aus bereits bestehenden selbstorganisierten Gemeinschaftsinitiativen wie einer Kindergruppe und einer Hausgemeinschaft.<sup>49</sup> Auch hier

43 Klar, Schattovits 1988 (wie Anm. 42), S. 120.

44 Vgl. Helmuth Schattovits: Eine Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel am Beispiel Gemeinschaft B.R.O.T. In: Ders.: Angela Adrigan (Hg.): Heimat finden. Gemeinschaftliches Wohnen zwischen Sehnsucht und Gelingen. Wien, Graz 2011, S. 101–114.

45 Statut »Gemeinschaft B.R.O.T.« (Beten – Reden – Offensein – Teilen) in der Fassung vom 15.1.1998, Artikel 2: Spiritualität, Ziele und Aufgaben.

46 Die ersten Ideen zum Wohnprojekt wurden ab 1986 entwickelt, fertig gestellt wurde der Bau 1996. Für die Planung verantwortlich war das Architekturbüro BKK2.

47 <http://www.nextroom.at/building.php?id=66&inc=artikel&sid=6036> (Zugriff: 11.2.2014).

48 Vgl. Gerda Ehs: Das Badehaus Sargfabrik – im Spannungsfeld zwischen öffentlicher Betriebsfläche und privater Gemeinschaftseinrichtung. Dipl.-Arb. Univ. Wien 2008, S. 21.

49 Vgl. Dieter Schrage: Die Sargfabrik. Ein Stück gebaute Utopie im Westen von Wien. In: Marianne Roessler u. a. (Hg.): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Wien 2000, S. 34 f.

war der Impetus ein gesellschaftskritischer, wenngleich die Stoßrichtung eine andere war: Kritisiert wurden, in der Terminologie der Gruppe, die »Restriktionen der bestehenden Gesellschaftsstruktur«, deren Ursprünge in der Kleinfamilie geortet wurden, sowie Konkurrenzdruck und Eigentumsfixiertheit in der kapitalistischen Gesellschaft<sup>50</sup>. Der von den Beteiligten gegründete »Verein für integrative Lebensgestaltung« wollte in einem gemeinschaftlichen Umfeld verschiedene Lebensformen ermöglichen und als Gruppe gesellschaftspolitische und soziale Aktivitäten entwickeln, die für alle im Quartier lebenden Menschen und darüber hinaus offen sein sollten.<sup>51</sup> Auch hier wurde das Gebäude partizipativ gemeinsam mit Johann Winter und dem Architekturbüro BKK-2 entwickelt. Neben den 75 eigenständigen Wohneinheiten gibt es einen Kindergarten, ein Badehaus, ein Beisl und Veranstaltungsräume, die einerseits der Selbstversorgung der Gruppe dienen, aber andererseits auch eine Schnittstelle zur Öffentlichkeit bilden sollen. Ähnlich wie B.R.O.T. Hernalts, sah auch die Sargfabrik Wohnmöglichkeiten für benachteiligte Gruppen, in diesem Fall für Behinderte vor, die im Alltag unterstützt und in den gemeinschaftlichen Aktivitäten integriert werden sollten.

Beide Projekte richten sich also gegen eine individualisierte bürgerliche Wohnpraxis und gegen die paternalistische Haltung des Staates, beziehen ihre Antworten darauf jedoch aus unterschiedlichen weltanschaulichen Orientierungen. Dafür sind die Resultate erstaunlich ähnlich. Beide haben Wohnformen hervorgebracht, die – anders als dies etwa in den Kommunenexperimenten der Fall war – eigenständige Wohneinheiten mit gemeinschaftlichen Bereichen kombinieren und Rückzug ebenso wie gemeinschaftliches Engagement ermöglichen sollen. Das Eigentum am Gebäude ist nach genossenschaftlichem Vorbild organisiert, darüber hinaus verfügt aber jeder und jede frei über das eigene Einkommen und den eigenen Besitz. Und neben dem Wohnen zielen beide Projekte auf eine gewisse über die Mitglieder der eigenen Gruppe hinausgehende Gemeinnützigkeit ihrer Aktivitäten ab. Die damaligen Bauprojekte stehen freilich in einem anderen gesellschaftspolitischen Kontext als die heutigen Commons, dennoch scheinen manche der Aspekte ihrer Organisation

50 Lorenz Wagner: Die Sargfabrik. Neues Wohnen in der Stadt. Dipl.-Arb. Univ. Wien 2000, S. 34 f.

51 Vgl. Ehs 2008 (wie Anm. 44), S. 21–23.

und Umsetzung es wert, aus Sicht der gegenwärtigen Commons-Debatte befragt zu werden.

### Organisationsprinzipien und Praktiken des »Commoning« im gemeinschaftlichen Bauen und Wohnen der 1980er-Jahre

Im Folgenden soll ein detaillierterer Blick auf die formalen Organisationsprinzipien sowie auf die halb- und informellen Praktiken des »Commoning« in den Wohnprojekten B.R.O.T. Hernals und Sargfabrik geworfen werden.<sup>52</sup> Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen, die sich immer wieder auf historische Beispiele berufen und sich aus diesen inspirieren, möchte ich mich, einige der von Elinor Ostrom definierten »Bauprinzipien langlebiger AR-Institutionen« (Allmende-Ressource) aufgreifend<sup>53</sup>, vor allem auf die Zugangsregelungen, die gemeinschaftlich organisierten Entscheidungsprozesse sowie auf den Umgang mit den Rechten und vor allem auch Pflichten der Einzelnen konzentrieren und fragen, welchen Veränderungen diese Aspekte über die Zeit hinweg unterliegen.

Im Vergleich zu anderen Arten von Commons zeichnen sich gemeinschaftliche Wohnprojekte durch sehr klare Grenzen und strenge Regeln des Zugangs aus. In den beiden oben erwähnten Initiativen sind diese in einer Weise fest in deren rechtlichem Rahmen verankert, die langfristig den Fortbestand der Gemeinschaftsidee sichern soll – oder anders formuliert: den Zusammenhang zwischen dem Gebäude als materieller Ressource und den gemeinschaftlichen Aktivitäten als sozialer Ressource. Gerade darin unterscheiden sich die Wohnprojekte der 1980er-Jahre von anderen, stärker auf ökonomische Aspekte ausgerichteten Formen von

52 Es handelt sich dabei um Projekte, die ich in meiner laufenden Dissertationsforschung am Institut für Europäische Ethnologie der Universität Wien mit dem Arbeitstitel »Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen – Baugruppenprojekte in der Retrospektive« analysiere. Darin rekonstruiere ich auf der Grundlage von Planungsunterlagen, von Interviews mit Bewohnern und Bewohnerinnen sowie von Hausführungen Erinnerungen an die Planungsphase sowie gegenwärtige Wohnalltage. Der Fokus der Dissertation liegt allerdings, anders als in diesem Beitrag, nicht primär auf der Frage nach den Chancen gemeinschaftlicher Selbstorganisation, sondern auf raumtheoretischen Fragen.

53 Ostrom 1999 (wie Anm. 2), S. 117 f.

Commons. An das Genossenschaftsprinzip angelehnt<sup>54</sup>, befinden sich die Gebäude im Eigentum der Vereine, zu denen sich die Mitglieder der Initiativen zusammengeschlossen haben. Die Bewohner und Bewohnerinnen sind als Mitglieder des Vereins Miteigentümer, können allerdings nicht frei über die Weitergabe bzw. anderweitige Nutzung ihrer Wohnungen verfügen. Über die Vergabe von Wohnungen an neue Mitglieder, also über den Zugang zum Projekt, entscheidet immer die ganze Gemeinschaft, was in Interviews mit Bewohnern und Bewohnerinnen beinahe durchgehend als ein wichtiges Merkmal der Projekte benannt wurde. Ein zentrales Kriterium ist das zu erwartende Engagement der Bewerber und Bewerberinnen im Sinne der jeweiligen Ausrichtung der Projekte. Immer wieder taucht dabei der Topos des »Dazupassens« auf, der oft nicht näher erläutert wird. In den detaillierteren Ausführungen wird deutlich, dass entscheidend – neben Überlegungen zu Alter oder Familienstand sowie subtileren Aspekten wie persönlicher Sympathie – in dem einen Fall eine bestimmte spirituelle Ausrichtung ist, in dem anderen, dass man »politisch nicht ganz entgegengesetzt tickt«<sup>55</sup>.

Als sehr aufwändige und sensible Prozesse beschreiben die Mitglieder der Gruppen die konkreten Entscheidungen für die Nachbesetzung von Wohnungen. Im B.R.O.T.-Haus wird nach einer dreimonatigen Phase des Kennenlernens, in der die Interessenten und Interessentinnen an verschiedenen Aktivitäten der Gruppe teilnehmen, in der Vollversammlung abgestimmt. Formal genügt eine Zweidrittelmehrheit, es wird jedoch eine möglichst konsensuale Entscheidung angestrebt. Die Mathematik- und Religionslehrerin Eva-Maria Pohl<sup>56</sup>, die seit dem Bestehen des Projektes mit ihrem Mann und ihren vier Söhnen im B.R.O.T.-Haus lebt, sieht darin einen überaus kritischen Moment, weil damit immer wieder auch eine Neuorientierung der Gruppe einhergeht: »Es

54 Dass es sich formal nicht um Genossenschaften, sondern um Vereine handelt, hängt mit der rechtlichen Lage in Österreich zusammen, die die Neugründung von Genossenschaften erschwert. Beide Projekte bekennen sich allerdings deutlich zum historischen Genossenschaftsgedanken. Für einen historischen Überblick zum genossenschaftlichen Wohnungsbau vgl. Matthias Möller: *Leben in Kooperation. Genossenschaftlicher Alltag in der Mustersiedlung Freidorf bei Basel (1919–1969)* (= Arbeit und Alltag 11). Frankfurt, New York 2015.

55 Interview Eva Dangel, Anfang 50, Sargfabrik, vom 28.6.2014.

56 Alle Namen von Interviewpartnern und -partnerinnen wurden geändert.

gab's, dass drei Familien sich für eine Wohnung bewerben und wir dann wählen mussten, entscheiden mussten. Was teilweise mit Verletzungen geendet hat, (...) weil's halt einfach eine eindeutige Gewichtung ist, was ist mir in der Gemeinschaft wichtig. Ist mir wichtig, dass irgendwer die Buchhaltung macht und Ordnung im Haus ist oder ist mir wichtig, dass die Ideen weitergetragen werden. Genau diese Spannungen, die latent eh immer wieder da sind.«<sup>57</sup>

Auch in der Sargfabrik gibt es ein komplexes Auswahlssystem. Nachdem eine Zeitlang immer wieder Kritik laut wurde daran, dass die Vermittlung von Wohnungen vor allem über persönliche Bekanntschaften lief und verschiedene Bewohner und Bewohnerinnen versuchten, »ihre ganze Belegschaft reinzubringen«<sup>58</sup>, wurde eine sogenannte Vorauswahlgruppe gegründet, die »aus verschiedenen Lagern besetzt«<sup>59</sup> ist und möglichst die Bandbreite der Bewohner und Bewohnerinnen und ihrer Positionen abbilden soll. Diese Gruppe führt »Aufnahmegespräche« mit den Interessenten und Interessentinnen und gibt anschließend einen Vorschlag ab, der dann in der Mitgliederversammlung abgestimmt wird. Die Auswahl neuer Mitglieder stellt sich also in beiden Projekten immer wieder als Moment der Re-Evaluation und der Redefinition der Orientierung der Gruppe dar und keineswegs als statische Fortführung einer ursprünglichen Definition der Gruppenausrichtung – und damit stehen auch immer wieder die Prioritäten und der Grad des gemeinschaftlichen und gemeinnützigen Engagements zur Debatte.

Gemeinsam ist den beiden Projekten auch, dass sie neben ihrer weltanschaulich recht eindeutig zuordenbaren Ausrichtung, die explizitermaßen Grundlage für den Zugang ist, eine gewisse Heterogenität der Bewohner und Bewohnerinnen in Hinblick auf Alter, Familienstand und soziale Herkunft – letzteres im B.R.O.T.-Projekt als Gleichgewicht zwischen »Akademikern und Nicht-Akademikern«<sup>60</sup>, in der Sargfabrik als »eine gewisse Durchmischung, eben nicht nur Lehrer, sondern auch ein Koch, ein Künstler, ein Tischler usw.«<sup>61</sup> beschrieben – erreichen

57 Interview Eva-Maria Pohl, Anfang 50, B.R.O.T. Hernalts, vom 25.3.2013.

58 Interview Harald Klinger, Ende 50, Sargfabrik, vom 22.8.2013.

59 Ebd.

60 Interview Hermann Kaltenbrunner, Anfang 60, B.R.O.T. Hernalts, vom 23.1.2013.

61 Interview Harald Klinger, Ende 50, Sargfabrik, vom 22.8.2013.

wollten. Letztlich wohnen nun doch in beiden Projekten überdurchschnittlich viele Lehrer und Lehrerinnen und insgesamt viele Akademiker und Akademikerinnen. Die Schwierigkeit, die im Selbstverständnis der Projekte beabsichtigte Offenheit und Heterogenität zu erreichen, lässt neben den expliziten weitere implizite Ausschlussmechanismen vermuten, die sich beispielsweise etwa daraus ergeben, dass die Beteiligung an solchen Projekten eine Affinität einer bestimmten Diskussionskultur gegenüber sowie möglicherweise einen bestimmten Habitus erfordert. Dieser Aspekt mag nicht nur für die Projekte der 1980er-Jahre relevant sein, so wie sich auch die Frage nach dem Verhältnis von Heterogenität und Homogenität ebenfalls mit Blick auf die aktuelle Debatte stellt. Dem Wunsch nach Offenheit und Verschiedenheit steht die Notwendigkeit einer gewissen Homogenität gegenüber, die ein gemeinsames Set an Werthaltungen und Normen gewährleistet, das wiederum die Grundlage für die selbstbestimmte Aushandlung von Verhaltensregeln bildet.<sup>62</sup> Insofern geht die »strukturelle Inklusion«<sup>63</sup> im Sinne der Berücksichtigung der Bedürfnisse aller, die beispielsweise Stefan Meretz als Qualität von Commons beschreibt, möglicherweise zwangsläufig mit einer *strukturellen Exklusion* einher, die nicht Hineinpassendes ausschließt und so erst gewährleistet, dass die interne Organisation funktionieren kann.

Die Vorstellung einer demokratischen, idealerweise hierarchiefreien Organisationsform, in der die Bedürfnisse aller Berücksichtigung finden, wie sie derzeit als eine der zentralen Qualitäten der selbstbestimmt organisierten Commons postuliert wird<sup>64</sup>, war die deklarierte Absicht der beiden Wohnprojekte, in dem einen inspiriert von christlicher Nächstenliebe, im anderen von einem radikal basisdemokratischen Gerechtigkeitsanspruch. Ein genauer Blick auf die Planungsprozesse bzw. deren nachträgliche Einschätzung durch die Beteiligten zeigt jedoch, dass sich gesellschaftliche Hierarchien und andere Formen von Ungleichheit auch in selbstbestimmten gemeinschaftlichen Organisationsformen spiegeln.

In dem spirituellen Wohnprojekt, das im Allgemeinen von verhältnismäßig formellen Umgangsformen gekennzeichnet ist – so wurden beispielsweise regelmäßig im Interview Personen mitsamt ihren

62 Vgl. Kramer 2012 (wie Anm. 4), S. 266.

63 Meretz 2012 (wie Anm. 5), S. 65.

64 Ebd., S. 64.

akademischen Titeln genannt –, scheint es ein hohes Bewusstsein für Hierarchien sozialer Art, aber auch des Vereins zu geben, wiewohl letztere aufgrund der wechselnden Ämter so konzipiert sind, dass dauerhafte Machtkonzentrationen weitgehend verhindert werden. Dennoch übernahmen einzelne Personen im Planungs- und Verwaltungsprozess eine zentrale organisatorische Rolle, die von vielen Mitgliedern einerseits als Voraussetzung für das Gelingen des Projekts und andererseits als eine gewisse Dominanz wahrgenommen wurde. Auch (zum Teil internalisierte) Geschlechterrollen beeinflussten den Planungsprozess und wurden im Rückblick kritisch reflektiert. Frau Baumgartner, die damals als Hausfrau und Mutter zweier Söhne gemeinsam mit ihrem Mann der Gruppe beigetreten war, fand – trotz der grundsätzlichen Offenheit der Gruppe, die bewusst Fragen der Gruppendynamik aufzuarbeiten versuchte – nicht den Raum, ihre Positionen zu vertreten: »Also ich hab von Vornherein den Eindruck gehabt, die anderen verstehen das alles besser, die kennen sich besser aus, also überlässt du ihnen das.«<sup>65</sup> Im Nachhinein bedauert sie, dass gerade Einrichtungen, die für die Mehrzahl der damals nicht berufstätigen Frauen und Mütter wichtig gewesen wären, in der von Männern dominierten Gruppe nicht bedacht wurden.

Die Sargfabrik, deren Mitglieder sich vorwiegend aus einem linksalternativen Milieu rekrutieren, war demgegenüber von Anfang an wesentlich radikaler basisdemokratisch ausgerichtet und deklarierte sich gegen jegliche Art von Hierarchie. Die Beteiligten verstanden sich als »freie Gruppe« und lehnten es ab »Verein zu spielen«<sup>66</sup>. Entscheidungen wurden zu Beginn ausschließlich im Konsens getroffen, was aus pragmatischen Gründen allerdings ebenfalls subtile, von vielen Mitgliedern der Gruppe ironisch-kritisch kommentierte Ungleichheiten erzeugte: »Ursprünglich war ja der Anspruch, es muss alles im Konsens sein, also nach dem Konsensprinzip. Und diese wöchentlichen Plena haben ewig gedauert bis zeitig in der Früh, und dann sind die Leute, wissend man muss aufstehen, gegangen und ein paar sind halt sitzen geblieben und die haben dann im Konsens etwas beschlossen.«<sup>67</sup> Mit dem Fortschreiten des Planungsprozesses war es darüber hinaus notwendig, Entscheidungen zu beschleunigen und so begannen die Vereinsstrukturen schließlich

65 Interview Inge Baumgartner, Anfang 60, B.R.O.T. Hernals, vom 14.3.2013.

66 Interview Martin Breuer, Anfang 70, Sargfabrik, vom 7.5.2013.

67 Interview Claudia Mischek, Ende 50, Sargfabrik, vom 24.6.2014.

doch als Instrument zur Reglementierung von Beschlüssen an Bedeutung zu gewinnen. Diese Entwicklung bis in die Gegenwart hinein sehen manche der Bewohner und Bewohnerinnen kritisch und beklagen, dass sich zuweilen in bestimmten Fragen Lobbies bilden, die dann mit unterschiedlichen Methoden versuchen, ihre Positionen bei den Abstimmungen durchzubringen.

Auch wenn die gemeinsamen Entscheidungsfindungsprozesse in der Intention möglichst hierarchiefrei sein sollten, lässt sich also doch beobachten, dass sich im B.R.O.T.-Projekt aus den unterschiedlichen Ressourcen an sozialem und kulturellem Kapital sowie aus Ungleichheiten entlang der Kategorie Geschlecht unterschiedliche Aktions- und letztlich auch Mitbestimmungsmöglichkeiten ergeben. Gegen diese Formen von Ungleichheiten wandten sich die Mitglieder der Sargfabrik ganz explizit. Inwiefern sie in manchen Fällen implizit eine Rolle spielten, ist eine andere Frage, die letztlich auch einen weiterführenden Blick auf die Subjektivierungsmodi der Alternativbewegung einfordert. In jedem Fall aber erwiesen sich die Strategien maximaler Demokratisierung als in der Praxis nicht umsetzbar.

Neben dem Zugang zu den Projekten und den Modi der Aushandlung von gemeinsamen Entscheidungen sowohl das Gebäude als auch das Zusammenleben betreffend ist in Wohnprojekten die Frage nach der Reglementierung von und dem konkreten Umgang mit Rechten und Pflichten der einzelnen von ganz besonderer Bedeutung, denn erst durch die aktive Beteiligung der einzelnen entsteht jene soziale Ressource der gegenseitigen Unterstützung sowie der gemeinnützigen, über die Gruppen selbst hinausgehenden Aktivitäten, die eigentlich das Kernziel des Zusammenlebens und der Ausgangspunkt für die Initiativen war. Konkret geht es dabei, jenseits der mit der Verwaltung und Instandhaltung der Gebäude verbundenen Aufgaben, um mehr oder weniger formalisierte soziale Dienste wie Kinderbetreuung und Altenpflege sowie die Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Behinderungen, um gemeinschaftliche Aktivitäten wie Gebetsabende, Konzerte und Feste. Daraus ergibt sich ein breites Spektrum an Feldern, in denen ehrenamtliches Engagement der Mitglieder gefragt ist.

Im B.R.O.T.-Projekt ist diese ehrenamtliche Arbeit eng mit christlichen Idealen verschränkt. Die Ziele der »Förderung eines gemeinsamen Lebensvollzugs« sowie »Angebote sozialcaritativer und -pädagogischer Dienste« werden in den Statuten des Trägervereins als einer der Wege

zum »Traum vom beginnenden Reich Gottes«<sup>68</sup> definiert. Die praktische Umsetzung dieser Ideale basierte, wie im Rückblick immer wieder festgestellt wird, auf der Beteiligung der vielen nicht berufstätigen Frauen – entweder Mütter oder jüngere Seniorinnen. Während manche der Bewohner und Bewohnerinnen diesen Umstand mit einer gewissen Selbstverständlichkeit als Merkmal der Anfangszeit des Projektes betrachten und eher die spätere Entwicklung, nämlich die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen, als Herausforderung oder Schwierigkeit für das Zusammenleben bewerten, sehen andere darin eine Verstärkung gesellschaftlicher Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entlang der Differenz zwischen Lohnarbeit und ehrenamtlicher Arbeit bzw. reproduktiver Tätigkeiten. Frau Baumgartner hatte das Gefühl, als Hausfrau unverhältnismäßig viel Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten, beispielsweise in Form von Nachbarschaftshilfe für eine behinderte Frau, ohne dass dies entsprechend gewürdigt worden wäre: »Ich merke erst jetzt, wie wichtig es ist, ein Berufsleben zu haben, etwas anderes zu machen, was bezahlt wird. Das ist eine ganz andere Anerkennung, als wenn man hier [im Haus, Anm. d. Verf.] arbeitet, arbeitet, arbeitet. Und dann wird noch gesagt: ›Na, musst es eh nicht machen. Machen's eh andere, wennst du es net machst.«<sup>69</sup>

Im Unterschied dazu lässt sich in der Sargfabrik der Versuch einer expliziten Umwertung der gesellschaftlichen Hierarchisierung von Lohnarbeit und nicht-entlohnter Arbeit beobachten, die dem politisch linken, kapitalismuskritischen Ansatz der Gruppe entspricht. Einer der (nicht wenigen) sozialwissenschaftlich geschulten Bewohner der Sargfabrik beschrieb dies folgendermaßen: »Ein Thema ist natürlich immer noch bezahlte Arbeit gegen unbezahlte Arbeit. Weil bei uns gibt's relativ viele Sachen, die man/ Was weiß ich, ich mähe manchmal die Wiese da oben [auf dem begrünten Dach, Anm. d. Verf.] oder so irgendwas und in meinen Augen geht's ja eher um die Anerkennung. Üblich in der Gesellschaft ist, dass nur bezahlte Arbeit eine Arbeit ist. Aber da merkt man, das ist nicht ganz so, ja?«<sup>70</sup>

68 Statut »Gemeinschaft B.R.O.T.« (Beten – Reden – Offensein – Teilen) in der Fassung vom 15.1.1998, Artikel 2: Spiritualität, Ziele und Aufgaben.

69 Interview Inge Baumgartner, Anfang 60, B.R.O.T. Hernals, vom 14.3.2013.

70 Interview Martin Breuer, Anfang 70, Sargfabrik, vom 7.5.2013.

Insgesamt beobachten die Bewohner und Bewohnerinnen beider Projekte im Verlauf der Zeit ein Zurückgehen des ehrenamtlichen Engagements und eine zunehmende Auslagerung und Professionalisierung von Aufgaben. In der Sargfabrik werden die Veranstaltungsräume nicht mehr von der Gruppe selbst bzw. durch von dieser ausgewählten Künstlern und Künstlerinnen bespielt, sondern durch einen Geschäftsführer verwaltet. Im »B.R.O.T.«-Haus wurden einst gemeinschaftlich durchgeführte Aktivitäten wie das wöchentliche Putzen des Stiegenhauses an professionelle Firmen ausgelagert. Auf einer allgemeinen Ebene wird dies im B.R.O.T.-Projekt mit den biographischen Transformationen innerhalb der Gruppe erklärt – Frauen, die sich am Beginn des Projekts der Kindererziehung widmeten und nicht berufstätig waren, arbeiten nun außer Haus. Und diejenigen, die als junge Seniorinnen einzogen, sind inzwischen oft selbst auf Unterstützung angewiesen. In der Sargfabrik wird von manchen die Kapitalisierung als Feindbild stilisiert und die »Zeit vor der echten internationalen Kapitalisierung« als eine Periode gesehen, in der jenseits der Alltagsbewältigung »noch Zeit war für andere Dinge« und insgesamt »mehr Freiraum«<sup>71</sup>. Auf einer individuellen Ebene sehen in beiden Projekten viele ihr fortschreitendes Alter als einen wichtigen Grund dafür, dass die »Kraft« und die »Energie«<sup>72</sup> fehlen.

Thematisiert wird in beiden Bauprojekten, dass das Engagement der einzelnen Mitglieder recht unterschiedlich verteilt ist. In der Bewertung dieses Umstandes bildet sich wiederum die unterschiedliche Ausrichtung der Projekte ab: In der Gemeinschaft B.R.O.T. wird das attraktive Gebäude gewissermaßen als »Last« gesehen, weil es die Gefahr in sich birgt, dass sich manche zurückziehen und nur mehr »schön wohnen«<sup>73</sup> wollen. Manche Mitglieder, wie etwa der Diözesanreferent Peter Kager, würden sich diesbezüglich mehr Verbindlichkeit und eine stärkere Reglementierung wünschen: »Wir haben ja praktisch im Haus keinerlei Sanktionen. Es gibt irgendsoein Gemeinschaftspapier, die Statuten und so was, ja, da steht viel drinnen, aber es gibt praktisch keinerlei Sanktionen, wenn irgendjemand sich einmal wirklich quer legt. Der dann an nichts Interesse hat und nirgendswo erscheint. Das ist irgendwie zahnlos. Also

71 Interview Klaus Mahringer, Anfang 60, Sargfabrik, vom 18.11.2013.

72 Interview Thea Rauch, Anfang 60, Sargfabrik, vom 18.11.2013.

73 Interview Florian Ritter, Ende 30, B.R.O.T. Hernals, vom 4.2.2013.

da müsste man sich noch etwas anderes überlegen.«<sup>74</sup> Demgegenüber grenzen sich Bewohner und Bewohnerinnen der Sargfabrik, dem allgemein eher informellen Gepräge der Gruppe entsprechend, explizit von strengen Regelungen, wie sie sie aus anderen Wohnprojekten kennen, ab. Harald Klinger, IT-Spezialist Ende 50, betonte wie viele andere auch mehrfach im Interview seine Abneigung »straffen Regelungen« gegenüber: »Teilweise gibt's da [in anderen Projekten, Anm. d. Verf.] strengen Regeln. Jeder muss pro Monat einen gewissen Beitrag leisten, (...) und wenn er nichts tut, dann kostet das was. Und das haben wir nicht, diesen Zwang. (...) Ich find's viel angenehmer. Mir ist das zu verplant dann mit diesem Muss und Soll. Da ist mir lieber, es existieren ein paar, die sich nicht einbringen und es ist nicht so geregelt. Weil dann muss man das dann kontrollieren und so und dieses Klima möchte ich eigentlich nicht haben.«<sup>75</sup> Folglich seien zwar Personen, die sich »nicht so engagieren« ebenfalls als »eigentlich fehl am Platz« gesehen, dieser Umstand wird aber als »egal«<sup>76</sup> eingeschätzt.

Jenseits der geplanten Formen gegenseitiger Unterstützung und der organisierten gemeinschaftlichen Aktivitäten stellen viele der Bewohner und Bewohnerinnen beider Wohnprojekte fest, dass auch die informellen alltäglichen Begegnungen etwa in Form unangekündigter Besuche oder einer kurzen Unterhaltung im Stiegenhaus oder im Beisl weniger werden. Mit Blick auf die Vergangenheit beschreiben manche die Kombination aus räumlicher und persönlicher zwischenmenschlicher Nähe besonders in schwierigen Lebenssituationen, beispielsweise nach dem Tod der Lebenspartnerin, in Krankheitsfällen oder im Alltag mit einem behinderten Kind, als große Unterstützung. Und auch gegenwärtig wird die latente Vertrautheit, die zwischen den Mitgliedern der Gruppe vor allem aus der Anfangsphase besteht, als große Qualität dieser Wohnform gesehen, auch wenn sie nicht mehr so häufig aktiv ausgelebt wird, weil etwa die Kinder, die lange Zeit ein verbindendes Element waren, erwachsen geworden sind, oder weil viele nun in höherem Ausmaß berufstätig sind und weniger Zeit im Haus verbringen.

74 Interview Peter Kager, Anfang 60, B.R.O.T. Hernals, vom 13. 2. 2013.

75 Interview Harald Klinger, Ende 50, Sargfabrik, vom 22.8.2013.

76 Ebd.

## Ausblick

Die aktuelle – gesellschaftliche und wissenschaftliche – Commons-Bewegung ist von einem starken Glauben an die Zukunftsfähigkeit des Modells getragen. Commons werden darin als von Markt und Staat unabhängiger Weg der selbstbestimmten kollektiven Organisation und Nutzung von Ressourcen (welcher Art auch immer) begriffen. Über die »erfolgreiche« Verwaltung von Ressourcen hinaus knüpft sich in den gegenwärtigen Diskussionen an Commons die Hoffnung, dass diese Funktionen erfüllen können, die vom marktwirtschaftlichen und politischen System nicht abgedeckt werden, und vor allem, dass sie als egalitäres System, in dem alle Mitglieder einer Gruppe von Nutzern und Nutzerinnen an der Definition der Regeln zur Nutzung einer Ressource beteiligt sind, etablierte Machtkonstellationen überwinden können. Gewissermaßen als Heterotopien, als »andere Orte«<sup>77</sup>, sollen sie, so die Idealvorstellung, in ihrem Inneren soziale Hierarchien außer Kraft setzen.

Der Blick auf Initiativen gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens, die als eine spezifische Form von Commons begriffen werden können, zeigt einerseits, wenn man in einer historischen Perspektive die sich wandelnden Rahmenbedingungen in Wien betrachtet, dass sich gemeinschaftliches Bauen und Wohnen immer in einem Spannungsfeld zwischen subversiver Selbstermächtigung und vereinnahmender Unterstützung durch die kommunale Politik bewegte. Die genauere Betrachtung zweier Initiativen der 1980er-Jahre, die in ihren eigenen Ansprüchen eine große Nähe zu den Leitthemen der gegenwärtigen Commons-Debatte aufweisen, verdeutlichen die Schwierigkeiten, einen offenen, hierarchielosen Raum für die Nutzung eines Gebäudes als materielle Ressource und einer aktiven, auf gegenseitige Unterstützung sowie auf gemeinnütziges Engagement ausgerichteten Gemeinschaft als soziale Ressource zu erschaffen und über die Zeit hinweg aufrecht zu erhalten. Die formalen Reglementierungen des Zugangs zu den Projekten sind deutlich auf den Erhalt der Gemeinschaftsidee ausgerichtet. Die konkreten Entscheidungspraktiken zeigen, dass mit der Neuaufnahme von Mitgliedern immer wieder auch eine Neudefinition der Gruppe einhergeht, die auch eine Entfernung von den anfänglichen Idealen ermöglicht. Die

77 Vgl. Michel Foucault: *Of Other Spaces: Utopias and Heterotopias*. In: *Architecture, Movement, Continuité* 5, 1984, S. 46–49.

Schwierigkeiten, bei angestrebter Einheitlichkeit der weltanschaulichen Orientierung trotzdem eine gewisse soziale Heterogenität der Mitglieder zu erreichen, zeigen, dass es offenbar neben den expliziten auch implizite (innere und äußere) Exklusionsmechanismen gibt. Das wirft in weiterer Folge die Frage auf, ob nicht in einer Form von Commons, die enge und vor allem auch vielschichtige Kontakte (von gemeinsamen Aktivitäten bis hin zu allen Implikationen von Nachbarschaft) mit sich bringt, die notwendige Homogenität, die erst ein zufriedenstellendes Aushandeln von Regeln ermöglicht, zur Folge hat, dass bestimmte Initiativen de facto immer nur für sehr spezifische Gruppen zugänglich sind. Im Rahmen der Aushandlung von Regelungen, die Wohnprojekte als materielle wie auch als soziale Ressource betreffen, wird deutlich, dass sich, auch wenn alle Betroffenen an der Festlegung dieser Regelungen beteiligt sind, die Effekte sozialer Hierarchien nicht so einfach ausschalten lassen. Dennoch zeigen die beiden näher betrachteten Wohnprojekte, dass sich in solchen Formen des Commoning Möglichkeiten für künstlerische und soziale Aktivitäten sowie für gegenseitige Unterstützung im Alltag ergeben, die von vielen Beteiligten als persönliche Erleichterung und Erfüllung empfunden werden. Diese hängen allerdings von bestimmten Dispositionen der einzelnen Akteure ab, die sich in Zusammenhang mit Berufstätigkeit, Familiensituation, Alter und Interessenslagen verändern. Über die Zeit hinweg hat die »Dichte« dieser Praktiken des Commoning in beiden Fällen abgenommen. Für das langfristige Funktionieren von Wohnprojekten als Commons ist besonders die Vielfalt der Funktionen, die sie erfüllen, eine Herausforderung: Denn auch wenn sich das Interesse primär auf die gegenseitige Unterstützung sowie gemeinsame Aktivitäten als geteilte Ressource richtet, werden neben der Gemeinschaftsorientierung immer auch pragmatische Wohnbedürfnisse befriedigt, die einer gewissen Trägheit unterliegen und nicht immer der Dynamik der Bereitschaft und Möglichkeit sich einzubringen folgen.

Vor dem Hintergrund der Dynamiken, die sich, wie deutlich wurde, aus einer spezifischen Form von Commons ergeben, erscheint die heutige sehr breite Begriffsverwendung für eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Ressourcen wenig ergiebig, ebenso wie die Frage nach den Potenzialen von Commons im Allgemeinen. Um die Relationen zu Markt und Staat zu erschließen sowie die konkreten inneren Qualitäten, die sich aus Commons-förmigen Organisationsweisen entwickeln, ist immer ein Blick auf die konkreten Einzelfälle notwendig. Ebenso ist danach zu fragen,

welche Akteure sich mit welchem Hintergrund, in welcher Lebensphase und mit welchen Interessen sowohl in praktische Commons-Initiativen als auch in theoretische Commons-Diskussionen – zwei Dinge, die oft, aber nicht immer miteinander zusammenhängen – einbringen. Ein kulturwissenschaftlicher Ansatz in Ergänzung zu auf formale Organisationsprinzipien ausgerichteten wirtschaftlichen Ansätzen erweist sich zudem als aufschlussreich, um die gesellschaftlichen Dynamiken zu verstehen, die innerhalb von Commons-artigen Initiativen wirken und die halb- und informellen Praktiken des Commoning prägen.

#### **Communal Building and Housing Projects between Self-organisation, Solidarity and Municipal Interests**

As part of current debates around commons, a variety of examples of communal forms of organisation, both past and present, are discussed and examined regarding their potential as egalitarian, inclusive and autonomous alternatives to market or state regulation. Against this background, the following article focuses on communal building and housing initiatives. Looking at the development of the frameworks and changing motivations for such projects in Vienna, on the one hand it discusses their charged relationship to municipal politics. On the other hand, inspired by questions arising from current discussions – for example on the possibilities of non-hierarchical forms of organisation – it takes a close inside look at two housing projects from the 1980s and attempts to understand not just the structures of this forerunner to the commons, but the concrete practices of commoning.

